

# Unser Programm für Berlin

## Das Wahlprogramm der Klimaliste Berlin 2021

Mit unserem Wahlprogramm zeigen wir dir konkret, wie wir Berlin bis 2030 auf sozial gerechte Weise klimapositiv machen werden. Um es umzusetzen brauchen wir deine Stimme bei den Wahlen am 26. September 2021.

### **Inhalt**

[Vorwort](#)

[Berlin begeistern!](#)

[Berlin fairändern](#)

[Berlin macht mobil – autofrei und unter Strom](#)

[Berlin stärken – Power to the People](#)

[Berlin zusammenbringen](#)

[Berlin radikal neu](#)

## Vorwort

Die Fakten sind eindeutig: die Klimakrise erfordert eine sofortige Änderung unserer Wirtschafts- und Lebensweise. Doch die bisherige Klimapolitik wird dem nicht gerecht. Weder ist sie ambitioniert genug, um die im Pariser Abkommen festgelegte 1,5°-Grenze einzuhalten. Noch sorgt sie für soziale Gerechtigkeit im Prozess des Wandels. Selbst in Berlin, mit einer rot-rot-grünen Regierung, erleben wir erschütterndes Versagen und Symbolpolitik. Und das, obwohl hier vor der Corona-Pandemie bereits eine Viertelmillion Menschen für mehr Klimagerechtigkeit auf die Straße gegangen sind.

Deshalb haben wir im Jahr 2020 die Klimaliste Berlin gegründet, damals unter dem Namen radikal:klima. Wir sind eine aktivistische Partei mit dem Anspruch, Politik und Gesellschaft zu gestalten. Wir wollen Berlin Lust auf Transformation machen, auf neue Ideen und auf mehr demokratische Teilhabe. Wir bringen visionäre Ideen und frische Gesichter von der Straße ins Parlament. Das bisherige Klimamanagement ist gescheitert – es ist Zeit für einen mutigen Neuanfang.

Als einzige Partei Berlins haben wir uns intensiv mit den Chancen und Notwendigkeiten der anstehenden klimagerechten Transformation unserer Stadt auseinandergesetzt. Dafür haben wir mit über hundert Expert:innen und Wissenschaftler:innen gesprochen und über ein Jahr mit gut hundert Freiwilligen gearbeitet. Das Ergebnis ist ein [350-seitiger Klimaplan](#) für Berlin. Auf dieser fundierten Grundlage beruht unser Wahlprogramm, das wir dir im folgenden vorstellen möchten.

## Berlin begeistern!

### Für KLIMA und GERECHTIGKEIT

Die Erde ist unsere Heimat – Berlin ist unser Herzensprojekt. Gemeinsam mit dir werden wir die Hauptstadt zu einem Vorbild machen, auf das wir stolz sein können: Berlin wird klimapositiv und sozial gerecht.

Wir sind bereits mitten in der Gestaltung, gemeinsam mit den Bürger:innen dieser Stadt – gemeinsam mit dir. Wir übernehmen Verantwortung und werden deshalb bereits im Jahr 2030 zur klimafreundlichen Nullemission-Stadt. Gärten und Grünflächen prägen das Stadtbild, ganz Berlin wird ein Park. Unsere Kieze sind wieder zum Leben und einander begegnen da. Energie wird vor Ort erneuerbar erzeugt und effizient genutzt. Unsere Lokalwirtschaft orientiert sich an den sozialen Bedürfnissen der Menschen in der Stadt. Sie achtet planetare Grenzen, schont Rohstoffe, verringert den Verbrauch. Kreislaufprozesse, Kiezläden und Kultureinrichtungen sind uns wichtiger als Wirtschaftswachstum. Gemeinsam designen wir die Stadt radikal neu: Für uns Menschen, für unsere Umwelt, für unser Wohlbefinden.

### Auf die Wissenschaft hören und danach handeln

Die Berliner Politik hört beim Klima und bei Gesundheit ab sofort auf die unabhängige Wissenschaft – das ist unser Versprechen. Ein CO<sub>2</sub>-Budget zeigt uns genau, wie ambitioniert wir Emissionen vermeiden müssen, um die 1,5°C-Grenze einzuhalten. Und der Senat hält sich daran! Denn wir verankern transparente Ziele und Monitorings auf allen Ebenen der Verwaltung. Ein Steuerungskreis Energiewende wird in der Senatskanzlei für eine reibungslose, kosten- und zeitgenaue Umsetzung der Ziele sorgen. Blockaden und Behörden-Pingpong gehören damit der Vergangenheit an. So gelingt 100 % erneuerbare Energie bis 2030! Denn die Vermeidung der Klimakatastrophe ist eine zu wichtige Aufgabe, um sie wie bisher versanden zu lassen. Mit Partner:innen wie Brandenburg werden wir hierfür enger zusammenarbeiten als je zuvor. Und unsere Wirtschaft wird endlich beherztes Vorbild für alle.

## **Ick will Future**

Klimaschutz heißt: Gerechtigkeit fordern, neue Chancen fördern und Nachhaltigkeit leben. In Berlin nehmen wir Bürger:innen das Ruder selbst in die Hand. Durch die aktive Beteiligung von Bürger:innenräten, deren Beschlüsse politisch verbindlich sind, erhält unsere Demokratie ein zeitgemäßes Update. Infrastruktur und Daseinsfürsorge holen wir zurück in öffentliche Kontrolle. Innovationsfeindliche Barrieren wie die Schuldenbremse wollen wir überwinden. Denn jetzt und in dieser Legislatur ist die Zeit für Investitionen in die Zukunft. Das sind wir uns und künftigen Generationen schuldig. Daran erinnert uns jeden Freitag die streikende Klimagerechtigkeitsbewegung. Die ganze Stadt soll sich ihren Forderungen solidarisch anschließen! Das bedeutet auch, dass wir mit dem Zwang zu Konsum und Wachstum aufräumen. Statt des zerstörerischen "schneller, höher, weiter" des sinnfreien Turbokapitalismus widmen wir uns endlich dem "näher, menschlicher, lebenswerter".

## **Ökozid ist ein Verbrechen**

„Danke Mami, danke Papi“ werden unsere Kinder sagen, wenn wir ihnen einen summenden, brummenden Planeten mit Insekten, Korallen und anderen Lebewesen hinterlassen. Wer Ökosysteme wissentlich gefährdet oder zerstört, bekommt es deshalb in Zukunft mit dem Gesetz zu tun. Wir kämpfen für ein sehr weitreichendes Ökozidgesetz, das Umweltverbrechen unter Strafe stellt.

## **Donut mit Currywurst**

Zugleich unterstützen wir alle Akteur:innen, die sich nachhaltiges und klimagerechtes Wirtschaften auf die Fahne schreiben. Die Donut-Ökonomie bietet hierfür einen hervorragenden Rahmen: weil sie das Wohlbefinden des Menschen und die Schonung des Planeten ins Zentrum allen Denkens und Handelns stellt. Lasst uns zusammen den Donut zur neuen Currywurst machen! Mit Beteiligung der Bürger:innen tragen wir die Ideen für eine faire Wirtschaft des 21. Jahrhunderts in die Kieze. Und wir behalten das große Ganze im Blick.

Die Bedürfnisse der Berliner:innen werden mit denen anderer Menschen, Lebewesen und Ökosysteme nah und fern zusammengedacht. Bewaffnete Auseinandersetzungen sind mit Klimaschutz nicht vereinbar. Aus diesem Grund setzen wir uns auch für Abrüstung und aktive Friedenspolitik ein. Konflikte müssen gewaltfrei gelöst werden – in unserer Stadt wie auch international. Produktion und Export von sogenannten Rüstungsgütern lehnen wir ab.

## **Berlin geht nur mit Toleranz**

Alle Menschen in Berlin müssen endlich die gleichen Chancen haben. Das ist in einer Gesellschaft, in der Rassismus und Antisemitismus tief verankert sind und Diskriminierung allgegenwärtig, allerdings kaum möglich. Nur wenn wir anerkennen, dass wir in einer weißen Dominanzgesellschaft leben, in der die Stimmen von nichtweißen Menschen und Minderheiten nicht ausreichend Gehör finden, bietet sich Raum für Dialog und eine Veränderung der Strukturen. Wir kämpfen für eine tolerante, plurale Stadt der radikalen Vielfalt mit demokratischen Beteiligungsstrukturen in sensibilisierter Verwaltung, diskriminierungsfreien Bildungseinrichtungen sowie Polizeistrukturen, die offensiv gegen interne rassistische Praktiken vorgehen und diese ahnden. Erst wenn sexuelle Identität und Orientierung, Glaube, Herkunft und Aussehen, Behinderungen, Alter und sozialer Status in all ihrer Vielfalt akzeptiert werden, kann unsere Stadtgesellschaft wirklich inklusiv und gerecht sein. Wir fordern alle Menschen und insbesondere Entscheidungsträger:innen dazu auf, eigene Privilegien zu hinterfragen und aktiv Vorurteile abzubauen. Wir wirken auf die Abschaffung von diskriminierender Gesetzgebung hin.

Faschistische Strömungen und Parteien werden wir überall bekämpfen. Verschwörungsmymen müssen mit Bildung und Begegnung aktiv enttarnt werden. Die Klimaliste Berlin sieht in antifaschistischen Organisationen und Bewegungen wichtige Verbündete im Kampf gegen faschistisch geprägte Gewalt in der Stadt. Wir sind eine antifaschistisch arbeitende Partei, die auf gewaltfreie, demokratische Auseinandersetzung setzt. Menschenverachtung ist mit uns nicht zu machen. Des Weiteren erkennen wir die Gewalt durch Polizist:innen als Problem und verhindern infolgedessen die Militarisierung und Erweiterung der Befugnisse der Polizei und streben stattdessen eine umfangreiche Restrukturierung der Behörde an. Der Opferschutz geht bei allen Fragestellungen vor und die Betroffenenperspektive wird bei unseren politischen Entscheidungen einbezogen.

Wir sind uns bewusst, dass wir die Vielfalt Berlins in unserer Partei bisher nicht ausreichend abdecken. Mit Selbstkritik und Reflexion über die Privilegien unserer Mitglieder und innerparteilicher Fortbildung zu Diskriminierungsstrukturen möchten wir die Strukturen so gestalten, dass sich Menschen aus allen Communities willkommen fühlen.

## **1 Wahlprogramm ist nicht genug**

Für die Zukunft planen heißt mit ruhiger Hand weitsichtig gestalten. Anders als andere Parteien denken wir nicht in Legislaturperioden, sondern in Generationen. Deshalb haben wir für Berlin einen Klimaplan geschrieben, der auf wissenschaftlicher Basis einen Weg zur gerechten, CO<sub>2</sub>-neutralen Stadt aufzeigt. Lasst uns diesen Klimaplan gemeinsam ergänzen und erweitern. Lasst uns dabei auf die Bedürfnisse von allen Berliner:innen hören und starke Lösungen für unsere Probleme finden. Lasst uns der Wissenschaft zuhören, um die Klimakrise sicher und gesund zu meistern. Wir haben eine Zukunftsvision für diese Stadt – und mächtig Lust, sie umzusetzen. Gemeinsam mit dir. Bist du bereit, deine Zukunft mitzugestalten?

## **Berlin fairändern**

### **Ganz Berlin wird ein Park**

Berlin wird ein Paradies – wir haben keine andere Wahl, denn die Klimakrise ist schon da. Hitze, Dürre und Starkregen erfordern den „resilienten“ (widerstandsfähigen) Umbau unserer Stadt: zu einem einzigen großen Park. Wir wenden dazu eine Fülle von Mitteln an, die Expert:innen unter dem Fachbegriff „Schwammstadt“ zusammenfassen: ein natürlicher Klimaregulator, der Regenwasser aufspeichert und an heißen Tagen als feuchte Kühle wieder abgibt. Das stabilisiert unsere Gesundheit und steigert die Lebensqualität in der Metropole. Fort mit den Betonwüsten: Berlins Flächen werden konsequent entsiegelt, Häuser, Dächer und Straßen umfangreich begrünt, Moore renaturiert, Stadtwälder geschützt und erweitert. Grünanlagen und Parks werden sich auf diese Weise mit der Stadt verbinden und Berlin wird zu einer großen Klimametropole. Wichtig ist auch die Bestandspflege. Straßenbäume müssen regelmäßig gegossen, teils ersetzt werden. Wir schaffen dazu in den Ämtern geeignete Kapazitäten. Bestehende Naturflächen wie das Tempelhofer Feld stehen unter besonderem Schutz und dürfen nicht zu Bauland abgewertet werden.

### **Stopp von Versiegelung**

Jeden Tag wird wertvoller Boden zugebaut, betoniert, asphaltiert, gepflastert und befestigt. Seit Jahren fordert das Umweltbundesamt ein Umdenken – vergeblich. Das Ende dieser Zerstörung hat für uns oberste Priorität. Per Gesetz führen wir ein sofortiges

Bauflächen-Moratorium ein. Das bedeutet: keine weiteren Versiegelungen. Vorhandene Versiegelungen werden systematisch erfasst und konsequent zurückgebaut. Dieses Entsiegelungsprogramm sorgt für ein soziales, gesundes und klimagerechtes Verhältnis zwischen Grünflächen und bebautem Land in Berlin. Regenwasser kann endlich großflächig versickern. Frischluftschneisen werden aktiviert.

### **Bürger:innen für Bäume, Bäume für Bürger:innen**

Berlins Umbau ist Gemeinschaftssache. Eine funktionierende Stadtnatur braucht ein Zusammenwirken von Verwaltung und Stadtgesellschaft. Alle notwendigen Maßnahmen werden gebündelt und kompetent, effizient und kostengünstig umgesetzt. Dazu werden Gesetze angepasst, Gelder bereitgestellt, klare Zuständigkeiten in Senat und Bezirken bestimmt, Personal eingestellt und Fachleute ausgebildet. Dann geht es in die Kieze: Berlins Begrünung wird ein Fest der direkten Demokratie. Im Dialog und unter Beteiligung der Bewohner:innen stemmen wir gemeinsam den Stadtumbau. Unsere Aktionen bringen die Klimabildung in die Gesellschaft. Sie stärken das Zusammenleben vor Ort und bilden das Rückgrat für eine dauerhaft starke Sozialgemeinschaft.

### **Schluss mit dem Müll**

Lasst uns das Müllproblem endlich radikal anpacken. Müll muss vermieden werden. Er darf kein Geschäftszweig sein. Und er darf nicht einfach exportiert werden, um das Problem zu verlagern. Wir wollen Bund, Länder und Industrie an einen Tisch bringen, um schnell neue, längst überfällige Regelungen zu finden. Dazu gehören neue Verpackungssysteme, Plastikverbote im gesamten Lebensmittelbereich, Pfandsysteme und ein funktionierendes Recyclingsystem.

Der bisherige Zero-Waste-Ansatz des Senats braucht mehr Biss und muss in justiziable Verordnungen gegossen werden. Auch hier gilt: handeln statt labern. Vermüllte Straßen, Plätze und Parks gibt's gibt's mit uns nicht mehr. Mutwilliges Verschmutzen unserer Stadt wird konsequent geahndet.

### **Luft zum Atmen**

Jährlich sterben in Deutschland über 80.000 Menschen an den Folgen von Luftverschmutzung. Die vorgeschriebenen Grenzwerte werden auch in Berlin regelmäßig überschritten. Stadtumbau, Verkehrsreduktion und Entsiegelung des Bodens sorgen hier

für eine erhebliche Verbesserung. Mit einem neuen Gesetz führen wir für Berlin die gesundheitlich empfohlenen Luftverschmutzungs- Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein. Sie werden flächendeckend mit Hilfe von Luftmessstationen überwacht, deren Daten wissenschaftlich ausgewertet werden. Überschreitung führt zu entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen im Dienste der Menschen, der Gesundheit und der Umwelt.

### **Wasser zum Leben**

Auch unser Wasser braucht mehr Aufmerksamkeit. Da Berliner Trinkwasser in Teilen aus dem Uferfiltrat der Spree gewonnen wird, gefährdet der Kohlebergbau in der Lausitz die Qualität massiv. Seit Jahren muss Wasser aus anderen Quellen zugemischt werden, um die gesetzlichen Grenzwerte an Schwermetallen einhalten zu können. Die Politik hat die dramatischen Folgen für uns alle bisher verschwiegen. Das ändern wir. Gemeinsam mit dem Bund, Brandenburg und der Industrie erarbeiten wir einen Stufenplan zur Sicherung des Berliner Trinkwassers. Nur durch beherztes Anpacken können auch die Preise stabil gehalten werden. In diesem Zusammenhang wird zudem das Berliner Klärsystem auf den neuesten Stand gebracht. Wir sorgen für den flächendeckenden Ausbau der vierten Klärstufe, die Verunreinigungen von Medikamenten aus dem Wasser zieht.

### **Energie: von Menschen für Menschen**

#### **100 % Erneuerbare**

Mit uns bekennt sich Berlin zur Eigenversorgung mit 100 % erneuerbarer Energie. Das bisherige Zögern des Senats hat die Umsetzung der Energiewende verschleppt. Das zieht Verteuerungen für für uns und zukünftige Generationen nach sich. Wir ändern das: Mit einem ganzheitlichen Planungsansatz, darauf abgestimmten Verwaltungsstrukturen, einem gesamtgesellschaftlichen Diskurs und regionalen wie überregionalen Kooperationen. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Denn unser verbleibendes CO<sub>2</sub>-Budget wird täglich kleiner.

#### **Berlin hat gute Energie**

Wir schaffen die richtigen Rahmenbedingungen für 100 % erneuerbaren Strom im Jahr 2030 und 100 % erneuerbare Wärme spätestens im Jahr 2035. Da Berlin für die 1,5°-Grenze spätestens ab dem Jahr 2030 netto keine Emissionen mehr erzeugen darf, werden wir in den Übergangsjahren Emissionen lokal wieder einfangen, wobei wir auf

natürliche Prozesse und Senken wie Wälder, Wiesen und Moore setzen. Fossile Energieträger müssen so schnell wie möglich ersetzt werden. Diese Frage der Klimagerechtigkeit hat für uns oberste Priorität. Deshalb werden wir unmittelbar nach der Wahl die vielversprechendsten erneuerbaren Wärmepotenziale der Stadt unabhängig analysieren lassen und die Umsetzung sofort einleiten. Dabei hat die rasche und effiziente Realisierung Vorrang vor kommerziellen Interessen. Gespanntes Hoffen auf grünen Wasserstoff darf angesichts der bereits heute verfügbaren Alternativen nicht zum Grund für eine fortgesetzte Verbrennung von fossilem Erdgas oder schmutzigem Wasserstoff werden. Die Abhängigkeit („Lock-in“) von solch ungewissen Energiequellen ist unbedingt zu vermeiden.

### **Energiewende von unten**

Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle sollten gleichermaßen daran teilhaben und davon profitieren können. Verbote und Pflichten allein reichen nicht ansatzweise aus. Wir wissen: Dezentrale, erneuerbare Energien sind die Chance für eine grundlegende Abkehr von einer undemokratischen, profitorientierten und klimaschädlichen Energieversorgung, wie wir sie heute haben. Deshalb geben wir in Berlin lebenden Menschen konsequent die Möglichkeit, sich durch Beteiligungen bei Planung, Finanzierung, Umsetzung und Betrieb von Energiewendeprojekten einzubringen. Darüber hinaus gehen wir aktiv auf die Menschen zu, damit sie diese Chance durch alle Gesellschaftsschichten hindurch wahrnehmen können.

### **Selbst Strom produzieren und liefern**

#### **Du wirst Stromlieferant:in**

Die Erzeugung von Wärme und Strom aus erneuerbaren Energien bietet die Chance für eine grundlegende Demokratisierung der Energieversorgung von morgen. Bis 2030 wollen wir gemeinsam mit allen Berliner:innen Solarenergie auf jedem Berliner Dach gewinnen. Solarenergieförderung und der verpflichtende PV-Einbau durch entsprechende gesetzliche Regelungen für Neu- und Bestandsgebäude in allen Sektoren sind Kernziele für uns. Wir wollen insbesondere Mieterstrom-Projekte unterstützen und die bisherigen finanziellen Nachteile und komplizierten Genehmigungsverfahren vollständig abbauen. Zudem fördern wir den genossenschaftlichen und privatwirtschaftlichen Ausbau neuer Flächen für die Photovoltaik, etwa in Gewerbegebieten oder auf wirtschaftlichen und militärischen Brachflächen.

## **Stadtwerk und Bürger:innenenergie stärken**

Ein starkes Stadtwerk ist die beste Voraussetzung für die direkte Beteiligung der Bürger:innen an der Berliner Energiewende. Wir werden das kommunale Stadtwerk zum zentralen und kompetenten Partner für genossenschaftlich, privat und öffentlich umgesetzte Energiewendeprojekte ausbauen. Auch die Berliner Wirtschaft wird davon profitieren. Die weiter benötigte Energieinfrastruktur soll, mit einem ernst gemeinten Angebot zur Beteiligung der Berliner:innen, vollständig zurück in kommunale Selbstverwaltung überführt werden.

## **Bauen mit Maß und Ziel**

### **Neubau vermeiden**

Gebäude sind für den Ressourcen- und Klimaschutz eine wichtige Größe. Bauen und Wohnen verbraucht viel Energie und sorgt für enormen Ausstoß von Treibhausgasen: durch die Herstellung von Stahl, Zement und Ziegeln, durch Heizen und Stromverbrauch. Wir sind überzeugt, dass es auch anders geht. Neubau muss zur Ausnahme werden. Und wenn, dann nur im Passivhausstandard. Weiterbau und Umnutzung haben Vorrang. Stadtentwicklung wird bei dem ansetzen, was bereits vorhanden ist. Völlig zu Recht fordert der „Bund Deutscher Architektinnen und Architekten“ ein Umdenken unter dem Motto „kreatives Unterlassen“. Bei allen doch durchzuführenden Bauprojekten soll in Zukunft die gesamte Klimawirkung der Rohstoffe inklusive Produktion und Transport mit bilanziert werden. Dafür müssen zielgerichtete Förderungen aufgesetzt und Gesetze, Richtlinien und Genehmigungsverfahren vereinfacht werden. Auch hier hat die Politik die Entwicklung verschlafen, denn die Technik ist längst entwickelt und der Wille vorhanden. Hier setzen wir an: Wir fördern starke Partner:innen für eine klimagerechte Baukultur.

### **Aus alt mach modern**

Berlins Altbauten müssen modernisiert werden, um unseren Energiebedarf zu senken. Mehr als 50 Prozent Effizienzsteigerung sind möglich. Zuschussprogramme für energetische Sanierung des Gebäudebestands wollen wir aufstocken, vereinfachen und effektiver bewerben. Damit sie endlich verständlich sind und an den richtigen Stellen eingesetzt werden. Der Umbau erfordert denkmalpflegerische Sensibilität sowie logistische und technische Intelligenz. Wir überwinden die alte Entweder-Oder-Konfrontation und sorgen dafür, dass sich Klimaschutz und Denkmalpflege ergänzen. Eingesetzt werden klimafreundliche Bau- und Dämmmaterialien, deren Rohstoffe, Herstellung, Transport und

Verarbeitung mitzuberücksichtigen sind. Der Einbau von klimaschädlichen Gas- und Ölheizungen muss sofort enden. Dies gelingt mit neuen Fernwärmekonzepten und der stärkeren Fokussierung von Förderprogrammen auf die Nutzung von Umweltwärme. Dabei ist für uns zentral: Die Miethöhe bleibt trotz energetischer Sanierung stabil.

## **Mietende schützen**

Gelebter Klimaschutz bedeutet nicht zuletzt, den individuellen Lebensstil zu reflektieren und wo möglich im Sinne aller anzupassen. Im Durchschnitt lebt heute jede:r Berliner:in auf 40 m<sup>2</sup> Fläche – fast doppelt so viel Raum wie vor gut 40 Jahren. Denken wir ans Klima, so bedeutet Wohnfläche: Strom, Heizung, Baumaterial, Instandhaltung, versiegelte Natur. Eine größere Wohnfläche pro Person führt zu mehr Ressourcenverbrauch und mehr ökologischen Folgeschäden und drängt uns außerhalb der planetaren Grenzen.

Wir möchten mit den Menschen der Stadt ins Gespräch kommen, um Mittel und Möglichkeiten einer für das Klima und den persönlichen Bedürfnissen gleichermaßen angemessenen Umverteilung zu finden. Hier geht es um die richtigen Strategien und Beteiligungsstrukturen. Es geht um die Stärkung der Lebensgemeinschaften im Kiez und den Ausbau der Rechte aller Mietenden. Eines der Instrumente zur sinnvollen Bemessung von Wohnraumgrößen kann ein an den Energiebedarf gekoppeltes Pro-Kopf-Budget sein, das analog zu einem persönlichen CO<sub>2</sub>-Budget funktionieren würde: Es wird bei Überschreitung bepreist, bei Unterschreitung etwa durch Teilen von Wohnraum in Form eines Bonus belohnt. Für dieses Wohnflächenbudget wollen wir einen Durchschnittsrichtwert von rund 30 m<sup>2</sup> pro Person als Vorschlag aus ökologischer Sicht in die Debatte einbringen. Entscheidend ist dabei, diese Maßnahmen einzubetten: Sie müssen im Konsens mit der Stadtgesellschaft eingeführt werden, brauchen entsprechende Übergangsfristen, und müssen das Einkommen der jeweiligen Mietenden berücksichtigen.

Wir stellen sicher, dass alle Menschen der Stadt angemessenen Wohnraum finden. Viele Bewohner:innen Berlins brauchen eine größere oder kleinere Wohnung. Dafür richten wir eine öffentliche, kostenlose Wohnungstauschbörse ein. Kommerzielle Interessen und Vermittlungsprovisionen bekommen dort keinen Raum. Wir sorgen für einen rechtlichen Rahmen der garantiert, dass beim Mieter:innenwechsel die Bedingungen des bestehenden Mietvertrages nicht ohne triftigen Grund, wie z. B. eine notwendige Modernisierung, von Vermieter:innen geändert werden dürfen.

## **Verdrängung beenden**

Hinzu kommen eine Reihe flankierender Instrumente, mit denen wir die Kieze als Ganzes stärken und Verdrängung unmöglich machen. Die Ausweitung des bezirklichen Milieuschutzes schützt den Wohnbestand und die soziale Mischung im Quartier. Es gibt ein generelles Verbot von spekulativer Luxussanierung und Umwandlung in Eigentumswohnungen. Gentrifizierung schürt Segregation und entfremdet die Mitglieder der Gesellschaft voneinander. Wir setzen eine konsequente Rekommunalisierung privatisierter Bestände von Immobilienkonzernen um, entsprechend den Forderungen der Bürgerinitiative Deutsche Wohnen und Co. enteignen. Natürlich sollen auch weiter neue Wohnungen entstehen. Allerdings liegt hier der Fokus auf dem vorhandenen Bestand. Daher setzen wir uns auch für den Erhalt alternativer Wohnprojekte, Jugendeinrichtungen und Lebensformen in Berlin ein. Geschickter Umbau großer Wohneinheiten und ehemaliger Büroflächen, Aufstockungen und Ausbau von Dachräumen werden bevorzugt genehmigt.

Trotz des gescheiterten Mietendeckels auf Landesebene insgesamt besteht die Möglichkeit, die Konditionen des MietenWoG für die 330.000 Einheiten der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften rechtsverbindlich festzulegen. Diesen Schritt in die richtige Richtung werden wir zügig gehen. Bund und Bundesländer müssen zum Wohl der Menschen gemeinsam handeln. Deshalb setzen wir uns für einen bundesweiten Mietendeckel ein.

## **Gemeinnützigkeit wiederbeleben, Mieter:innenmitbestimmung fördern**

Die Berliner Verfassung gesteht in Artikel 28 allen Bürger:innen ein „Recht auf angemessenen Wohnraum“ zu. Angesichts der Notlage vieler Berliner Mieter:innen ist es dringend erforderlich, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Thema Wohnen und dem damit verbundenen Bodenrecht auf Landes- und Bundesebene neu zu regeln und aktiv auszugestalten. Die Trägerschaft kommunaler und zukünftig rekommunalisierter Bestände ist unbefriedigend gelöst. Ihre zukünftige Verwaltung in landeseigenen Wohnungsgesellschaften soll prinzipiell nach den Kriterien der 1990 abgeschafften Wohnungsgemeinnützigkeit erfolgen, die dazu in erweiterter Form wieder eingeführt wird: Über die Deckelung der Gewinnmarge auf 4%, die volle Reinvestition des Gewinns in Bestand und energetischen Ausbau und einen temporär bis zu 65% umfassenden Anteil an geförderten Wohnungen hinaus wird dabei die Bindungsdauer im geförderten Wohnungsbau entfristet. Bestände werden damit dauerhaft und unveräußerlich von landeseigenen Gesellschaften gehalten.

Die derzeit kursierende Bezeichnung „gemeinwohlorientiert“ führt in die Irre, da es sich hierbei um einen unbestimmten Rechtsbegriff ohne klare Definition handelt. Einen intensiven Dialog brauchen wir auch mit kleineren Playern am Wohnungsmarkt, wie Genossenschaften, Stiftungen oder dem Mietshäuser Syndikat. Hier gilt es, positive Erfahrungen weiterzuführen und gegebenenfalls auf andere Bestände zu übertragen. Generell gilt als Ziel all unserer strategischen Überlegungen: Wir stärken die Mitbestimmung der Mieter:innen, fördern ihre Identifikation mit Wohnort und Nachbarschaft und sorgen für die dauerhafte Pflege unseres Wohnungsbestands. Wohnen darf nicht länger als Ware gehandelt werden.

## **Berlin macht mobil – autofrei und unter Strom**

### **Blechlawine war gestern**

Das Zusammenwirken von kleinen Initiativen, großen Verbänden und erfolgreichen Volksentscheiden hat die Berliner Bürger:innen für eine Verkehrswende „von unten“ mobilisiert. Wir unterstützen den „Volksentscheid Berlin autofrei“, der zur Abstimmung bringen will, dass Berlin innerhalb des S-Bahn-Rings autofrei wird. Der Mutlosigkeit der bisherigen Berliner Verkehrspolitik stellen wir ein visionäres Programm für die Mobilität von morgen entgegen. Lasst uns den Aufbruch in eine neue gendersensible Mobilität gemeinsam gestalten. Unser Konzept ist integrativ, bürger:innennah, sozialverträglich und umweltfreundlich. Es speist sich aus Anregungen vieler Metropolen und erprobter Maßnahmen, in enger Abstimmung mit Forschung, Wissenschaft und Technik. Die Vision Zero, also Null-Verkehrstote in Berlin, soll nicht länger ein Ziel, sondern endlich Realität sein. Der Nahverkehr wird massiv ausgebaut. Busse und Bahnen fahren öfter. Die Tarife werden günstiger. So machen wir Berlin fit fürs 21. Jahrhundert und sind Vorbild für die Welt.

### **Autofrei und Rad dabei**

Wir werden große Teile der Innenstadt sowie alle Wohnkleeze bis 2030 autofrei gestalten. Bedürfnisse von allen Menschen und Betrieben, die auf ein Fahrzeug angewiesen sind, werden hierbei beachtet. Auch in Außenbezirken spielt das Auto bald eine untergeordnete Rolle. Die verbliebenen Fahrzeuge sind kleiner, leiser, fahren elektrisch und langsam, um Unfälle zu minimieren. Wir kümmern uns mit Priorität um eine flächendeckende und sichere Radinfrastruktur.

Dafür wollen wir die Vorschläge der Berliner Fahrradverbände endlich umsetzen, die sie dem Senat und den Bezirken regelmäßig präsentieren. So wird es an jeder Straße breite und baulich gesicherte Radwege geben. Sämtliche Sackgassen mit dahinterliegenden Straßen werden mit einer Fahrradfurt ausgestattet und Einbahnstraßen für Radfahrer:innen beidseitig nutzbar. Alle Kreuzungen werden mit Fokus auf Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmende flächendeckend neu gestaltet. Sie haben separate Ampelphasen für Radfahrende und bieten freie Sicht zwischen Gehwegen und Fahrspuren. Unfallstellen werden umgehend analysiert und Verbesserungen umgesetzt. Mit gezielten Anreizen auf Senats- und Bezirksebene werden wir den Radausbau in Schwung bringen – nach einvernehmlich festgelegten Standards, die in allen Bezirken gleichermaßen gelten. Jahr für Jahr sorgen wir für 365 Kilometer neue Radwege - einen pro Tag. So machen wir Fahrradfahren in Berlin schnell, komfortabel und sicher – für Kinder ebenso wie Rennradfahrer:innen.

### **Flächen gerecht verteilen**

Achtundsiebzig Prozent der heutigen heutigen Berliner Verkehrsflächen gehören dem Auto. Und das, obwohl nur ein Viertel aller Wege mit dem Auto zurückgelegt werden. Das ist unvernünftig, ungerecht und schadet Klima, Natur und Mensch. Wir setzen die radikale Umverteilung der Verkehrsflächen zugunsten von ÖPNV, Sharing-Angeboten, Fahrrad und Fußverkehr um. Klimaverträgliche Verkehrsmittel stehen im Zentrum unseres Konzepts. Das Auto wird zur Ausnahme – denn es ist nicht mehr nötig. Und wer jetzt handelt, wird belohnt: mit einer Abwrackprämie für Verbrenner. Wer auf sein Auto verzichtet, bekommt einen Zuschuss auf ÖPNV-Tickets oder die Anschaffung eines Rades in Höhe von 1.000 Euro. Aus Autostraßen werden dann autofreie Fahrrad- und Spielstraßen. Bis 2025 wollen wir die Hälfte aller Kieze vom Auto befreien, große, geschäftsreiche Straßen wie die Friedrichstraße, Schlossstraße oder der Ku'damm werden dauerhaft zu einladenden Fußgänger:innenzonen. Radwege werden ausgeweitet und vernetzt, Parkplätze entsiegelt, die Kieze zu kleinen Oasen umgewandelt. Davon profitieren neben den Anwohner:innen auch das lokale Gewerbe.

### **Parks und Plätze statt Parkplätze**

Freiwerdende Verkehrsflächen werden wir den Berliner:innen zurückgeben und sie für die gemeinsame, sichere Nutzung für alle Menschen zugänglich gestalten. Sie sind offen für Sport und Kultur, für Kunst und Spiel. Straßen werden zu offenen Bühnen für Theater, Musik, Literatur, zu Orten der Begegnung, der Bewegung, des Verweilens. Berlin wird zu

einem großen Park, in dem wir die Flächen gleichwertig nutzen. Wir wollen das Pflanzen und Gärtnern in den Straßen ermöglichen und unterstützen. Dafür werden wir in der kommenden Wahlperiode 50 % aller öffentlichen Parkplätze entsiegeln oder umwidmen und den Kiezbewohner:innen zur Verfügung stellen. Kostenloses Parken gehört der Vergangenheit an. Denn Parkraumbewirtschaftung wird endlich auf ganz Berlin ausgeweitet und das Geld für die Umgestaltung der Stadt verwendet. Es wurde auch Zeit! Des Weiteren werden Fahrzeuge, die unberechtigt auf Behindertenparkplätzen parken, sofort abgeschleppt. Zudem wird es Menschen mit Behinderung erleichtert, einen Parkausweis für Behindertenparkplätze ausgestellt zu bekommen. Alle Gehwege erhalten mit Pollern abgesperrte, unzureichende Bordsteinabsenkungen an beiden Enden.

### **ÖPNV für alle**

Die Berliner Verkehrsgesellschaft BVG wird zur tragenden Säule der zukünftigen Mobilität in der Hauptstadt. Um den Umstieg zu erleichtern, führen wir ein umlagefinanziertes Bürger:innen-Ticket für alle Berliner:innen ein. Denn wenn jede:r einen Beitrag leistet, wird es auch für alle billiger. Durch den von allen Bürger:innen getragenen ÖPNV-Beitrag wird die Nutzung von Bus, Bahn und Tram in ganz Berlin für alle frei zugänglich. Gleichzeitig steht so die Finanzierung des Strecken- und Personalausbaus auf sicheren Beinen. Besonders wichtig ist uns, dass der Berliner ÖPNV endlich vollständig barrierefrei wird - mit regelmäßig gewarteten Aufzügen und Blindenleitsystemen auf allen Bahnhöfen. Außerdem sollen Gehbehinderte kostenlos ein Fahrrad als Hilfsmittel für Anschlussfahrten mitführen dürfen. Der öffentliche Nahverkehr muss aber endlich als Teil der Daseinsvorsorge ernst genommen und mit den nötigen Finanzmitteln vom Bund ausgestattet werden. Bei einem starken ÖPNV wird das eigene Auto überflüssig. Gleichzeitig werden wir es verteuern. Der Anwohner:innenparkausweis kostet 365 Euro im Jahr. Parken in der Stadt kostet fünf Euro pro Stunde. So beteiligen wir den Autoverkehr aktiv an der Verkehrswende und investieren damit in den Ausbau von Bus und Bahn. Subventionen und Prämien für Verbrenner oder E-Autos lehnen wir strikt ab.

### **Berlin liefert**

Das große Berlin wird zur Stadt der kurzen Wege. Gewerbliche Anlieferungen und Paketdienste werden zukünftig über Mikro-Hubs abgefertigt, deren Planung und Aufbau wir fördern werden. Kleine elektrische Fahrzeuge und Fahrräder sorgen für die Belieferung der Läden in den Stadtteilzentren. Bestellte Pakete und Päckchen werden an Kiezdepots verteilt und von den Menschen selbst abgeholt. Paketdienste, die permanent die Straßen und Gehwege verstopfen, gehören somit der Vergangenheit an. Der lokale Einzelhandel

wird gestärkt. Wir machen die Läden in den Bezirken einfach erreichbar und verbessern die Nahversorgung.

### **Die Null steht**

Neben der Reduktion und Verlagerung des Autoverkehrs elektrifizieren wir die Mobilität. Stufenweise bis 2030 wird ganz Berlin zur Nullemission-Stadt. Nur noch Fahrzeuge mit emissionsfreien Antrieben sind im Stadtgebiet zugelassen. Verbrenner müssen leider draußen bleiben. Um eine entsprechende Ladeinfrastruktur – für alle Fahrzeuge – kümmern wir uns. Die öffentliche Verwaltung geht mit gutem Beispiel voran und stellt ihre Flotte bis 2030 komplett elektrisch um. Jede Neuanschaffung muss schon heute elektrisch sein. Auch die BVG wird bis 2030 vollelektrisch umgestellt.

### **Fehlentwicklungen rückgängig machen**

#### **S-Bahn-Ausschreibung stoppen**

Um den Herausforderungen einer sozial-ökologischen Verkehrswende in Bürger:innenhand gerecht zu werden, lehnen wir die vom Senat beschlossene Ausschreibung der S-Bahn zum Betrieb und zur Instandhaltung auf den Teilnetzen »Nord-Süd« und »Stadtbahn« ab. Wir unterstützen die Initiative »Eine S-Bahn für Alle« und deren Forderung, die laufende Ausschreibung und eine damit verbundene weitere Privatisierung zu stoppen. Unsere Position: Der öffentliche Personennahverkehr darf keinen gewinnorientierten Zwängen unterworfen werden. Er gehört zur Daseinsvorsorge und soll in Form eines öffentlichen Unternehmens geführt werden.

#### **Wir retten den Berlkönig**

Solange die Kapazitäten des ÖPNV nicht ausreichen, muss der Berlkönig weiterbetrieben werden. Er hat sich als Lückenfüller zum vorhandenen Mobilitätsnetz gerade in den Abendstunden bewährt. Vor allem außerhalb des S-Bahn-Rings soll das Konzept verstärkt erprobt und bei Bedarf dauerhaft ausgebaut werden. Wir wollen den Berlkönig als festen E-Mobilitäts-Bestandteil der BVG integrieren. Ab sofort auch voll behindertengerecht und barrierefrei.

### **Rückbau der A100**

Der Bau einer Autobahn inmitten Berlins ist im 21. Jahrhundert nicht mehr zeitgemäß und droht den Autoverkehr im Stadtgebiet auf Jahrzehnte hinaus zu zementieren. Wir fordern die planungsrechtliche Aufhebung des Gesamtvorhabens, den sofortigen Baustopp für die bereits genehmigten Abschnitte und den konsequenten Rückbau dieses fossilen Megaprojekts. Die Steuermittel für die teuerste je in Deutschland gebaute Straße sollte der Bund ab sofort lieber in Klimaschutz, zum Beispiel Radinfrastruktur, ÖPNV und klimafreundlichen Fernverkehr investieren. Unser Plan für die Ex-A100: Die Autobahn wird zum Radschnellweg mit angeschlossenem Park.

### **Kurzstreckenflüge nur für Insekten**

Der neue Berliner Flughafen macht jegliche Klimaschutzbemühungen des Landes zunichte. Wir kämpfen für den maximalen Rückbau des Flughafens und ein sofortiges Verbot von Kurzstreckenflügen. Auch klimaschädliche Flüge zu fernen Zielen wollen wir so weit wie möglich reduzieren. Die verursachten Klimafolgen des Berliner Flugverkehrs sollen bis 2026 um mindestens 75 % sinken. Fliegen ist äußerst ungerecht – denn eine kleine Minderheit von überwiegend wohlhabenden Vielfliegenden verursacht den Großteil aller Flugemissionen und Folgeschäden. Hier müssen wir im Sinne von Klimagerechtigkeit konsequent gegensteuern. Außerdem muss der Flughafen sich finanziell komplett selbst tragen. Mit uns gibt es keinen Cent Steuermittel für den BER. Auch ein neues Terminal für die Bundesregierung, welches derzeit in Planung ist, wollen wir unbedingt vermeiden. Stattdessen machen wir Berlin zu einem europäischen Knotenpunkt für die Schiene. Auch Nachtzugverbindungen werden wir reaktivieren. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine starke Besteuerung von Kerosin ein, um den Ausbau der Bahn zu finanzieren.

## Berlin stärken – Power to the People

### **Volksentscheide stärken**

Unsere Stadt ist hektisch, laut und dreckig. Die Verwaltung ist kaputtgespart, viele öffentliche Gebäude sind baufällig. Unzählige Wohnungen gehören anonymen Finanzakteur:innen und Spekulant:innen. Die Krankenhäuser sind überfüllt und überfordert. Kurz: Die Bürger:innen dieser Stadt sind lange aus dem Blick geraten. Veränderung jetzt! Umdenken sofort! Berlin muss endlich aufatmen! Dazu besinnen wir uns auf das, was unsere Stadt im Wesen ausmacht: Berlin – das sind die Menschen. Wir sind eine Stadt der Kieze, der Märkte, der kleinen Händler:innen, der Flaneur:innen und Müßiggänger:innen, der individuellen Lebensentwürfe, der kleinen und der großen Freiheiten. Und das alles bedeutet: Teilhabe, Mitbestimmung – für alle, so umfassend wie möglich.

Dazu ändern wir Regeln: Wir schaffen mehr direkte Demokratie, damit die Bürger:innen nicht nur alle paar Jahre ihre Stimme „abgeben“ dürfen. Alle in Berlin wohnenden Personen sollen an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen können, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. Die für Volksinitiativen und -begehren benötigte Anzahl an Unterschriften wird reduziert, die Fristen werden verlängert. Digitalisierung nutzen wir zum Abbau von Barrieren und für einfacheren Zugang. Wir vereinfachen die Durchführung von Volksentscheiden und machen es der Politik schwerer, erfolgreiche Entscheide aufzuweichen.

### **Direkt und demokratisch**

Bürger:innenräte werden zum festen Bestandteil der Berliner Politik auf Landes- und Bezirksebene. Als Teilnehmer:innen wird ein repräsentativer Querschnitt der Berliner Bevölkerung ab 14 Jahren ausgelost. Wichtig dabei: Die Entscheidungen der Räte werden politisch verbindlich und können von Senat und Bezirken nicht einfach ignoriert werden. Sollten die politischen Gremien diese Entscheidungen nicht umsetzen wollen, kommt es zu einer berlin- bzw. bezirksweiten Volksabstimmung. Aktive Teilhabe der Bürger:innen muss gestärkt werden. Denn die Menschen Berlins wissen am besten, was gut ist für ihre Stadt. Und gerade in einer wichtigen Zeit der Transformation, wie wir sie heute erleben, muss ihre Stimme gehört werden. Um die Umsetzung von Bürger:innenentscheidungen langfristig sicherzustellen, wird es in Zukunft eine:n Landesbeauftragte:n für Demokratieentwicklung geben. Die Stelle dient der zentralen Koordination und Förderung von Bürger:innenbeteiligung sowie als Ansprechpartner:in für alle Demokratieanliegen von Bürger:innen.

### **Who run the world? Girls\*!**

Klimagerechtigkeit bedeutet das Ende von patriarchalen Strukturen. Nicht nur die Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen sind paritätisch besetzt, sondern auch Vorstände, Entscheidungsgremien und Parlamente. Bei der Vergabe öffentlicher Gelder und Forschungsförderung werden paritätisch besetzte Unternehmen und Institutionen bevorzugt. Entscheidungen, die durch nicht paritätische Gremien getroffen wurden, sind anfechtbar.

Mein Körper, meine Entscheidung: Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein uneingeschränktes Recht. Hygiene- und Verhütungsprodukte werden in Berlin kostenlos vergeben. Ungewollt schwangere Menschen haben umfassenden und barrierefreien Zugang zu Informationen über Schwangerschaftsabbrüche und Beratungsleistungen. Die Regelungen dazu sind eindeutig formuliert und gehören zur Gesundheitsvorsorge. Die Entscheidung über Schwangerschaftsabbrüche ist der Kontrolle des Staates entzogen. § 218 und § 219a werden aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Ungenutzte Eizellen aus Reproduktionsprozessen infertiler Paare können als Spende zur Verfügung gestellt werden.

### **Kinder an die Macht**

Klima bedeutet Zukunft. Mitbestimmung muss darum auch für jene Menschen möglich sein, die die Konsequenzen unserer jetzigen Entscheidungen tragen werden. Wir stehen für Generationengerechtigkeit und für die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 14 Jahre bei Wahlen zum Deutschen Bundestag, zum Berliner Abgeordnetenhaus und für Bezirksverordnetenversammlungen. Berlin setzt sich auf Bundesebene für entsprechende Gesetzesänderungen ein. Um die gesamte Bandbreite der Möglichkeiten zu erschließen, lassen wir zudem eine unabhängige Studie durch das Land Berlin durchführen. Sie dient der Entwicklung von geeigneten Maßnahmen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen für sie relevanten Lebensbereichen.

### **Die Verwaltung auf der guten Seite der Macht**

Nur mit einer starken und effizienten Verwaltung können wir die Herausforderungen der Klimakrise meistern. Unsere öffentliche Verwaltung wurde von den Berliner Regierungsparteien über Jahrzehnte systematisch kaputtgespart. Unklare Kompetenzen, Personalmangel, Privatisierung hoheitlicher Aufgaben resultieren in einem beispiellosen

Image- und Effizienzverlust. Damit muss Schluss sein. Berlin braucht eine starke, von einem neuen Selbstbewusstsein getragene Verwaltung, die sich als Unterstützerin der Menschen dieser Stadt versteht. Dazu gehört nicht zuletzt auch die Stärkung von Motivation und Initiative der Menschen, die in der Verwaltung arbeiten. Eine angemessene Bezahlung ebenso. Und eine Ausstattung, die in das 21. Jahrhundert passt.

### **Vorbehalt fürs Klima**

Klimagerechter Stadtumbau braucht angemessene und zielgerichtete Steuerung. Prozesse und Amtsgänge werden wir aus Bürger:innensicht neu gestalten, entschlacken und konsequent digitalisieren. Dadurch werden sie einfacher und zugänglicher. Das macht die Bearbeitung leichter, schneller und sorgt für mehr Transparenz gegenüber den Bürger:innen, die in zahlreichen Planungsverfahren der Stadt weit stärker als bisher basisdemokratisch beteiligt sind. Alle Entscheidungen der Verwaltung haben eine klare Prämisse: das Berliner Klima. Sämtliche Entscheidungen stehen unter einem „Klimavorbehalt“, um auf diese Weise Effizienz und Nutzen für Stadt, Umwelt und Gesellschaft zu prüfen und gegebenenfalls nach besseren Alternativen zu suchen.

### **Verwaltung als Vorbild**

Zudem hat die Verwaltung Vorbildfunktion. Der gesamte Fuhrpark wird auf 100 % klimaneutrale Antriebe umgestellt. Gebäude und Büroflächen werden mit Strom und Wärme aus erneuerbaren Energiequellen versorgt, Dachflächen für Photovoltaik genutzt. Auch die Finanzen müssen endlich nachhaltig gestaltet werden. Das Land Berlin ist Kunde bei der Postbank und der Sparkasse-Landesbank, die beide in Kohlekraft und Rüstung investieren. Wir beenden diese Unverantwortlichkeit! Berlin führt seine Konten zukünftig bei sozial-ökologischen Banken. Außerdem führt die Verwaltung einen CO<sub>2</sub>-Schattenpreis in Höhe der Folgekosten von derzeit 195 € ein. Somit werden die tatsächlichen Klima- und Umweltkosten in jegliche Investitions- und Kaufentscheidungen des Landes Berlins mit eingepreist.

### **Transparenz für Berlin**

Wir setzen uns für radikale Transparenzgesetze ein. Der Volksentscheid Transparenzgesetz gibt dafür bereits eine Richtung vor, die klar über den Senatsvorschlag hinausweist. Die Arbeit von Politik und Verwaltung muss „gläsern“ werden. Eingerichtet wird dafür unter anderem ein Portal, in dem Informationen landeseigener Unternehmen öffentlich einsehbar

sind. Verträge ab 100.000 Euro zwischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder staatlichen Institutionen und der Privatwirtschaft lassen sich dann nachlesen. Gleichzeitig werden damit alle Informationsauskünfte gebührenfrei. Die neue Offenheit senkt die bisherige Menge an öffentlichen Anfragen an die Verwaltung drastisch. Das reduziert Widersprüche und Klagen. Die freigesetzten zeitlichen und personellen Ressourcen kommen dem Tagesgeschäft – und uns allen – zugute.

### **Lenkungscompetenz per Gesetz**

Die Novelle des Bezirksverwaltungsgesetzes ist eine klimapolitische Bankrotterklärung. Statt „Zielvereinbarungen“ verlangen wir konkrete Maßnahmen. Das „Umwelt- und Naturschutzamt“ muss als eigener feststehender Geschäftsbereich auf Bezirksebene eingerichtet werden. Es wird mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet, um nachhaltige, schnelle, passende und bezirksübergreifende Lösungen für eine klimagerechte Stadt zu erwirken. Jeder Bezirk erhält ein Team aus Klimaschutzbeauftragten mit klaren Richtlinien, mehr Kompetenz und ausreichend Personal.

### **Lokal handeln, vernetzt denken**

Wir müssen über den Tellerrand schauen. Berlins klimagerechter Stadtumbau braucht zahlreiche neue Kooperationen. An erster Stelle steht Brandenburg. Die Wirtschaft und die dort ansässigen Institutionen werden auf allen Ebenen eingeladen, am Berliner Energiewendeprozess teilzuhaben. Schon jetzt verbindet Berlin und Brandenburg eine enge Partnerschaft auf Verwaltungsebene. Weitere Sektoren sollen folgen: Lebensmittel, Transport, Industrie, Bildung, Stadt- und Regionalentwicklung, Erholung, Umweltschutz, Wasser, Luft – aber auch die politische Verwaltung. Diese neue Symbiose wird Vorbild für weitere Partnerschaften. Mit benachbarten EU-Ländern und anderen Vorreitern des Klimaschutzes tauschen wir Erfahrungen aus und entwickeln gemeinsam nachhaltige Ideen. Denn Fortschritt gelingt nur im Dialog.

## **Wirtschaft für Menschen und Klima**

### **Digital-nachhaltige Modellstadt**

Die umfassende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft begreifen wir als Chance, unser Miteinander integrativer, sozialer und nachhaltiger zu gestalten. Hierfür gehen wir wesentliche Herausforderungen an, die im politischen Berlin bisher vollständig ignoriert

wurden. Durch den Aufbau eines freien und offenen WLAN-Netzes innerhalb des S-Bahn-Rings dämmen wir den doppelten Netzausbau (mobil und kabelgebunden) ein. Im gesamten Stadtgebiet entsteht so eine sozial gerechte, kommunalisierte Breitband-Internetversorgung. Wir schaffen mit datenschutzorientierten und energieeffizienten Rechenzentren Unabhängigkeit von den (Markt-)Interessen außereuropäischer Akteur:innen. Und wir setzen uns für die Realisierung einer digitalen selbstbestimmten Identität (SSI) der Bürger:innen ein.

Existierende und neu geplante Datenzentren werden unmittelbar in den Wärmekreislauf der Stadt eingebunden. So nutzen wir die Abwärme und reduzieren den Energieverbrauch. Wir realisieren ein enges Monitoring der Rebound-Effekte von Digitalisierungsmaßnahmen und fördern die Anschaffung und den Betrieb von digitalen Endgeräten aus möglichst nachhaltiger Produktion. Der Erwerb wiederaufbereiteter Geräte ist einem Neukauf vorzuziehen. Berliner Unternehmen sollen regelmäßig Auskunft geben über die Energieeffizienz ihrer Produkte und Services und über den Grad ihrer „Dematerialisierung“, also der Abhängigkeit von physikalischen Produkten, wie Papier oder fossilen Ressourcen. Zudem wollen wir Möglichkeiten untersuchen, wie Berlins Betriebe ihre Bemühungen hin zum klimapositiven Wirtschaften transparent und fair messen können und wie das Land diese Bemühungen angemessen wertschätzen und fördern kann. Wir positionieren uns gegen jede Form von (immer energiehungriger) Überwachungstechnologie und Vorratsdatenspeicherung. Die Einführung solcher Maßnahmen bekämpfen wir vehement.

### **Zebras statt Einhörner**

Berlin muss seine Attraktivität und Anziehungskraft nutzen, um vorrangig soziale und nachhaltige Geschäftsmodelle zu fördern. Social Entrepreneurs und nachhaltige Initiativen finden in Berlin ab sofort alle nötigen Voraussetzungen, um mit voller Unterstützung zu starten, um sich effektiv zu vernetzen und um mit maximalen Auswirkungen zu handeln. Wir begründen einen „Social Impact Fonds“, aus dem gemeinnützige Unternehmen und Initiativen mit dem Fokus auf Gemeinwohl und Klimagerechtigkeit gefördert werden. Wir folgen dabei dem Beispiel von „Nesta“ in Großbritannien, das unter anderem auf sogenanntes nachrichtenloses Vermögen zurückgreift: dem unabgerufenen Kontoguthaben von Verstorbenen ohne Erb:innen.

Wir unterstützen die Bestrebung zur Begründung neuer, nachhaltiger Unternehmensmodelle (z. B. im sogenannten Verantwortungseigentum). Auch werden wir das Konzept der alternativen „Wirtschaftsförderung 4.0“ des Wuppertal Instituts großflächig umsetzen, um lokale und kleinräumige, nachhaltige Wirtschaftskreisläufe zu fördern. Wir unterstützen die entsprechenden Initiativen zur Schaffung geeigneter

rechtlicher Grundlagen. Wir werden außerdem umfassende Schnittstellen in den Bereichen von Verwaltung und öffentlicher Infrastruktur schaffen, die eine Einbeziehung von und Zusammenarbeit mit der Berliner Wirtschaft, insbesondere Social Startups, sowie unabhängigen Expert:innen ermöglichen. Dabei ist ein konsequenter Fokus auf der Nutzung von Open Source Soft- und Hardware obligatorisch, damit unabhängige Expert:innen jederzeit Einblick in Energieeffizienz und Sicherheit erhalten und an der Weiterentwicklung von digitalen „Public Services“ mitwirken können. Wir wollen außerdem Inkubatoren für Systeminnovation zur Nutzung der oben genannten Schnittstellen und zur Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Grundlagen des städtischen und weltweiten Zusammenlebens schaffen.

### **Ein anderer Tourismus**

Wir vermissen die Gäste in unserer Stadt. Billigflüge, Amok-Shopping und Airbnb-Hausierer vermissen wir hingegen nicht. Nach dem Ende der Pandemie braucht es einen Neustart für den Berliner Fremdenverkehr. Die Konzepte des Senats für einen „nachhaltigen Tourismus“ entsprechen dabei weder den Bedürfnissen der Branche noch der betroffenen Bürger:innen der Stadt.

Wir wollen die gewerbliche Zweckentfremdung von Wohnraum untersagen und Verstöße konsequent ahnden. Statt internationaler Konzerne und Ketten soll das lokale Gewerbe von unseren Gästen profitieren: kleine Pensionen und Hostels, familiäre Restaurants, Gespräche vor dem Späti im Kiez. So zeigen wir den Reisenden die Einmaligkeit unserer Stadt – mit gut bezahltem Personal und sicheren Jobs in Hotellerie, Gastgewerbe und bei Stadtführungen. Zum innerstädtischen Bewegen nutzen Gäste den ÖPNV. Die Kosten dafür werden über eine klimabezogene Erweiterung der 2014 eingeführte City Tax gedeckt, gestaffelt nach Anreise-Verkehrsmittel und Aufenthaltsdauer in unserer Stadt.

Vor allem aber braucht es ein Gesamtkonzept, um „Overtourism“ in Zukunft auszuschließen. Politik, Stadtgesellschaft und Tourismusbranche müssen dafür eine gemeinsame Perspektive entwickeln. Wir sind überzeugt: Eine gesunde Schrumpfung des Sektors ist für alle Beteiligten das Beste.

### **Rettungsplan für Kunst, Kultur und Clubs**

Die Pandemie hat Berlins Kunst-, Kultur- und Clubbranche bis ins Mark getroffen. Über ein Jahr Lockdown hat die einst lebendige Szene der Stadt ausgezehrt. Höchste Zeit, diese kreative Kraft zu erneuern. Kultur muss wieder ihre zentrale Bedeutung zurückerhalten: als

Teil des klimagerechten und sozialen Stadtumbaus und als Bildungsbaustein für die Bewohner:innen der Stadt und unserer Gäste.

Die Corona-Rettungsprogramme haben einen großen Teil unserer Kulturszene vergessen. Wir solidarisieren uns mit diesen Menschen und kämpfen aktiv für konkrete Hilfen. Wir bringen einen Rettungsplan für den gesamten Kulturbereich auf den Weg, mit Schwerpunkt auf der freien Szene, den Galerien und der Berliner Clubkultur. Ein Gesamtkonzept für den Neustart wird unter aktiver Beteiligung der Branche partizipativ erarbeitet. Dabei müssen die Bedürfnisse aller Berufsgruppen berücksichtigt werden.

In Zukunft wird nicht projektabhängige, sondern nachhaltige strukturelle Förderung im Mittelpunkt stehen. Kultur ist systemrelevant!

## Berlin zusammenbringen

### **Transformative Bildung für eine aktive Gestaltung unserer Gesellschaft**

Bildung ist mehr als Informationsvermittlung. Sie ist ein sozialer Prozess, in dem sich neue Zusammenhänge erschließen und Menschen in ihren Interessen positiv bestärkt werden. Bildung bedeutet Teilhabe – sie ist ein Werkzeug, das Menschen an die Hand gegeben wird, um ihre Zukunft bewusst zu gestalten. Die Förderung systemischen, innovativen und kritischen Denkens sehen wir als Basis. Eine Fehlerkultur, in der Irrtümer und das Erkunden eigener Stärken und Schwächen als Teil des gesellschaftlichen Zusammenlebens gesehen werden, halten wir für zentral.

Wir rücken politische Bildung stärker und schon ab der 7. Klasse in den Fokus schulischen Lernens. Schüler:innen sollen nach dem Leitmotiv der Aktivbürger:innen statt wie bisher der informierten Zuschauer:innen zur politischen Teilhabe und Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte, Pflichten und Möglichkeiten befähigt werden. Dies impliziert auch, schulische Auseinandersetzung mit der Klimakrise verstärkt auf Grundlage des Handabdruck-Konzepts statt auf den ökologischen Fußabdruck zu basieren: gemeinsames Wirken auf Strukturen. In der Schule darf und muss kritisch reflektiert werden, dass das sie umgebende System selbst eben nicht neutral ist, sondern eine permanente normative Beeinflussung in Richtung kommerziellen Wachstums und ökonomischer Leistungslogik darstellt und damit dem Erreichen überlebensnotwendiger Klimaneutralität per se entgegenwirkt.

Wichtige Themen unserer Zeit sind in der Schule zu oft nur punktuell oder in befristeten Projekten ein Thema – oft durch Mehrarbeit von einzelnen engagierten Lehrkräften oder durch Kooperation mit externen Partner:innen, die nur selten angemessen entlohnt werden (können). Strukturelle Änderungen und eine rasche Digitalisierung sind notwendig, aber müssen unter Einbeziehung der Betroffenen gestaltet werden – wir fordern eine breite Diskussion und echte Beteiligung! Initiativen, die sich aus Lehrkräften, Sozialarbeiter:innen, Eltern und Kindern zusammensetzen, befassen sich schon lange mit der notwendigen Transformation. Die Forderungen einiger Initiativen sind in unser Programm eingeflossen und wir sehen in ihnen wichtige Partnerinnen.

Für uns ist lebenslanges Lernen keine Floskel. Außerschulische Bildungsangebote müssen für alle Menschen zugänglich sein. Berlin verfügt über eine weltweit einmalige Museumslandschaft. Wir machen sie allen Berliner:innen kostenlos zugänglich und bauen das pädagogische Programm an Museen und Gedenkstätten weiter aus. Dabei forcieren wir eine kritische Aufarbeitung der Kolonialverbrechen und sorgen für eine stark erhöhte Sichtbarkeit der Provenienzforschung.

### **Zukunftsfähige Schule - radikal vielfältig, gerecht und klimapositiv**

Das Budget für den Schulbereich muss massiv erhöht werden. Neben der Finanzierung unserer vorgeschlagenen Maßnahmen sowie der Realisierung einer umfassenden Einstellungsoffensive bekommen Schulen eigene Budgets zur freien Verfügung, um Experimente und Modellprojekte selbst initiieren zu können.

Wir setzen uns ein für eine partizipative Schulgestaltung. Klima, globale Klimagerechtigkeit, Antirassismus, Aufarbeitung von Kolonialismus und lokalen und globalen Macht- und Ausbeutungsstrukturen, kritische Wirtschaftswissenschaften, Ernährung und bewusster Konsum werden als Themen fest verankert.

Darüber hinaus wird in der Schule eine Aufarbeitung der Versäumnisse in der Klimapolitik stattfinden, auch um intergenerationellen Verwerfungen vorzubeugen. Der Schwerpunkt liegt aber auf der Entwicklung und Umsetzung von positiven Ideen für ein zukunftsfähiges Berlin! Unser Vorschlag hierzu: Einen festen Tag in der Schulwoche gestalten die Schüler:innen fächer- und jahrgangsübergreifend mit eigenen Projekten; Lehrkräfte unterstützen nach Bedarf. Vorbild kann das Konzept "FREI DAY" der Initiative Schule im Aufbruch sein. Die Projekte werden ergänzt durch Aktivitäten wie Gartenarbeit, gemeinsames Kochen, Besuche von Betrieben und lokalen Projekten und Gespräche mit Wissenschaftler:innen und Akteur:innen der Transformation. Dadurch wird gesellschaftlicher Wandel konkret erfahr- und begreifbar, Schöpfer:innentum gefördert.

Von Expert:innen erarbeitetes Material stellt die Senatsverwaltung auf einer zentralen, niedrighschwelligigen und interaktiven Plattform zur Verfügung. Hier werden auch Anregungen gesammelt, wie klimarelevante Themen mehr Raum im Unterricht aller Fächer erhalten können. Das Angebot wird unterstützt durch ein festes, interdisziplinäres Team aus bildungsrelevanten Berufsgruppen (z.B. Handwerker:innen, Künstler:innen, aber auch Therapeut:innen), die individuell entwicklungsunterstützend tätig werden und so zur Chancengleichheit beitragen.

Nicht zuletzt werden wir mit allen genannten Maßnahmen auch den allgemeinen Druck auf das Schulsystem und alle Beteiligten abmildern, um umfassend Zeit und Raum für Persönlichkeitsentwicklung, gemeinschaftliches Miteinander und Teamverständnis zu entwickeln. Zur Umsetzung stellen wir Lehrkräften entsprechenden Freiraum während ihrer Arbeitszeit zur Verfügung. Offizieller Unterrichtsbeginn soll künftig um 9 Uhr sein, jedoch schon früher geöffnete Türen und bei Bedarf Betreuung und individuelle Förderung.

### **Diskriminierung an Schulen bekämpfen!**

Wir schaffen eine funktionierende Antidiskriminierungsstelle für den Schulbereich, in der die Betroffenenperspektive im Vordergrund steht und die auch über die notwendigen Entscheidungs- und Weisungsbefugnisse verfügt. Jede Lehrkraft muss an einem Antirassismus- und Antidiskriminierungstraining teilnehmen, ergänzt wird dies durch freiwillige tiefergehende Fortbildungen und Vernetzungsmöglichkeiten. Die Thematik spielt fächerübergreifend eine Rolle und wird daher entsprechend in die Curricula integriert und mit Arbeitshilfen hinterlegt, die in die genannte interaktive Plattform eingepflegt werden.

### **Natur begreifbar machen**

Klassische Natur- und Umweltbildung und Naturerlebnis lassen Kinder und Jugendliche einen persönlichen Bezug zur Natur entwickeln. Wir werden die Finanzierung der Berliner Koordinierungsstellen für Natur- und Umweltbildung langfristig sicherstellen und mehr Berliner:innen aller Generationen Erlebnisse in der Natur ermöglichen. Kindergärten und -tagesstätten, die Naturerleben noch nicht als wesentlichen Bestandteil ihrer Aktivitäten haben, werden unterstützt, dies auszubauen.

## **Forschung: frei und unabhängig**

Wir kämpfen für Rahmenbedingungen, die Berlin zu einem Zentrum der freien Forschung rund um das Klima machen. Dazu gehört auch eine Erhöhung der zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel. Gerade beim Klima muss unabhängige Forschung durch öffentlich finanzierte Studien sichergestellt sein. Das Spektrum der Forschung umfasst sämtliche Disziplinen und Themenfelder: Umwelt und Natur, Daten- und Verbraucherschutz, Selbstbestimmung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Digitalisierung, gesetzliche Grundlagen, Kreislaufwirtschaft und Ressourcenverbrauch. Alle Ergebnisse öffentlich geförderter Forschung werden frei zugänglich gemacht. Forschungsprojekte müssen sich unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit überprüfen lassen und werden gegebenenfalls eingestellt. Forschung in den Bereichen sogenannter Rüstungsgüter, Waffentechnologien und Förderung fossiler Brennstoffe wird es in Berlin nicht geben. Wer Forschung fremdfinanziert durchführt, muss die Interessen der Geldgebenden in einem Transparenzregister offenlegen.

## **Gute Hochschulen für Studierende und Beschäftigte**

In der Forschungsfinanzierung werden viele Probleme der Berliner Hochschullandschaft offenbar: befristete Forschungsprojekte führen zu prekären Beschäftigungen, das Einwerben von Drittmitteln führt zu Abhängigkeiten. Wir ändern das!

Das heißt auch: Ende von reiner Projektförderung und befristeten Stellen.

Wissenschaftler:innen brauchen für ihre Arbeit eine sichere Basis mit fester Anstellung und langfristigen Perspektiven. Der akademische Mittelbau, einst das Rückgrat der Universitäten und Fachhochschulen, muss massiv gestärkt, das Mitspracherecht der Wissenschaftler:innen stark erweitert werden. Mit uns wird Berlin in diesem Bereich wieder Verantwortung übernehmen.

Nach über 20 Jahren Bologna-Prozess wird es Zeit, grundlegenden Fehlentwicklungen entgegenzuwirken: wir werden unter anderem ein Anrecht für Bachelor-Absolvent:innen auf einen konsekutiven Masterplatz und größere Freiheiten in der Studiumsgestaltung (mehr Wahlmöglichkeiten und Setzen eigener Schwerpunkte) umsetzen.

## **Demokratie braucht guten Journalismus**

Sind die Medien neutral? Ist die Berichterstattung unabhängig? Diese Fragen nehmen wir ernst. Denn Klimakompetenz braucht unabhängigen Journalismus. Und die Klimakrise

muss in Redaktionen ernst genommen werden. Tatsächlich sind Konzerne für unsere täglichen Print- und Onlineprodukte zuständig. Die Struktur der Steuerungsgremien öffentlich-rechtlicher Medien muss im Rundfunkstaatsvertrag überarbeitet werden. Politische Einflussnahme darf den öffentlichen Auftrag nicht überlagern. Zudem arbeitet ein Großteil der Journalist:innen unter prekären Berufsbedingungen, als Freiberufler:innen, auf Abruf, für geringes Honorar. Höchste Zeit für eine breite Debatte über die Rolle der Medien in unserer Demokratie. Dazu leiten wir einen umfassenden Dialog mit allen Beteiligten ein, der neben klassischen Organen auch Social Media und Internet umfasst. Es geht um strukturelle und berufsrechtliche Aspekte. Aber auch um Machtfragen und die Rolle des Staates, der sich durch selektive Fördermaßnahmen zunehmend einmischt. Wir brauchen solide Bedingungen für einen wirklich freien Journalismus, der seinen Kernaufgaben Information und Kritik gerecht wird.

## **Ernährung und Landwirtschaft**

### **Gutes Essen für alle**

Ausgewogene Ernährung ist die Basis für ein gesundes Leben. Das beginnt mit der Herstellung der Lebensmittel: Regenerativ, bio und regional für alle wollen wir zum Standard machen. Berlin und Brandenburg versorgen sich gemeinsam selbst. In der Stadt eignen sich hierfür besonders Permakulturgärten an öffentlichen Einrichtungen und Urban Gardening. Der Einsatz von Herbiziden und Pestiziden ist dabei verboten – auch in Kleingärten. Die Biodiversität fördern wir weiter, indem mindestens 25 % aller Grünflächen insektenfreundlich bepflanzt werden.

### **Jeden Tag Veggie-Day**

In öffentlichen Kantinen, bei der Versorgung mit Essen auf Rädern, in den Küchen von Schulen und Universitäten werden gesunde Speisen regionaler, biologischer und möglichst regenerativer Landwirtschaft angeboten, die sozial-gerecht produziert werden. In öffentlich finanzierten Einrichtungen werden ab 2025 nur noch tierfreie Gerichte ausgegeben, da hierdurch Emissionen und Umweltbelastungen massiv reduziert werden. Wir wollen ebenso erreichen, dass Zucker höher besteuert und in unserem Essen angemessen dosiert wird. In zehn Jahren sind pflanzliche Menüs in ganz Berlin Selbstverständlichkeit. Und bis dahin sind pflanzenbasierte Speisen stets kostengünstiger als tierische Alternativen.

## **Die Würde des Tieres ist unantastbar**

Tiere sind fühlende Wesen. Jedes Tier hat seine Würde, die zu achten wir verpflichtet sind. Eine Gesellschaft im Einklang mit der Natur muss ein neues Verhältnis zu unseren Mitwesen entwickeln. Im Sinne der Klimagerechtigkeit, die mit sozialer Gerechtigkeit einhergehen soll, positionieren wir uns gegen jede Form von Diskriminierung, dies schließt ebenfalls Diskriminierung von Tieren und Speziesismus mit ein. Wir setzen uns für ein sofortiges Ende der Massentierhaltung ein und fordern, dass Tiere unter keinen Umständen Qualen zugefügt werden dürfen. Daher werden wir umfangreichere Tierrechte gesetzlich verankern und deren Anwendung weit stärker kontrollieren als derzeit üblich. Innerhalb dieser Gesetze sollen Tiere als Individuen anerkannt werden und nicht länger nur als Produkte gelten. Tierversuche werden langfristig überflüssig, indem wir neue Forschungswege unterstützen. Profitinteressen dürfen niemals auf Kosten des Tierwohls gehen.

## **Nahrung für den Kopf**

Das Personal in Kantinen und Schulküchen wird professionell nach dem neuesten Wissensstand fortgebildet und durch Ernährungsberater:innen unterstützt. Wir stellen sicher, dass die angebotenen Speisen gesund, abwechslungsreich und schmackhaft sind. Die Menüs regen auch die Experimentierlust zu Hause an. Umfassende Ernährungsbildung sorgt für ein besseres Bewusstsein, welche Nahrung für das eigene Wohlbefinden und die Gesundheit gut ist. Unsere heutige, von Lebensmittelkonzernen beeinflusste Ernährungspyramide wollen wir abschaffen. Neue Richtlinien sollen auf aktueller unabhängiger Forschung basieren. Thematisiert werden auch die Folgen für lokale und globale Umwelt, die tatsächlichen Produktionskosten subventionierter Lebensmittel sowie die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft. Wenn wir wissen, wie unser Essen hergestellt wird, können wir es besser wertschätzen.

Um die Berliner Bevölkerung vollständig über alle Zusammenhänge ihrer Ernährung aufzuklären und zu sensibilisieren, wird auch das Thema Speziesismus klar benannt und u. a. in die Schulbildung integriert. Das heutige Wirtschaftssystem, in dem Tiere als reine Produktionsmittel angesehen werden, wird offen und kritisch hinterfragt. Es sollen dabei auch alle Faktoren und Zusammenhänge klar benannt und aufgezeigt werden, die zu dem heutigen System geführt und beigetragen haben, welches Tiere, Menschen und die Umwelt ausbeutet.

### **Keine Verschwendung von Lebensmitteln**

Lebensmittelgeschäfte und Restaurants werfen ihre übrig gebliebenen Lebensmittel nicht mehr länger weg. Sie werden verpflichtet, sie zu spenden oder der Bevölkerung frei zugänglich zu machen. Dies kann durch Spenden an die Tafel, durch sogenannte Fairteiler oder die Legalisierung von Containern durch Bundesgesetz ermöglicht werden.

Um das Problem an der Wurzel anzupacken, wird die Überproduktion von Lebensmitteln sukzessive abgebaut. Hierfür fördern wir zielgerichtet die direkte Belieferung der Endkonsument:innen mit Lebensmitteln von landwirtschaftlichen Betrieben aus Brandenburg.

### **Ernährungsbildung ist Schulsache**

Lehrkräfte und Schüler:innen erfahren in Schulungen mehr über „unser täglich Brot“. Ein Schulfach, das sich dem Verhältnis von „Klima, Ernährung und Gesundheit“ widmet, wird Teil des Lehrplans, ergänzt durch praktische Kochübungen und Unterricht im eigenen Schulgarten. Die Erkenntnisse tragen die Schüler:innen auch in die Bevölkerung. Entsprechende Fortbildungen werden zudem für medizinisches Personal zur Pflicht, da auch ärztliches Fachpersonal und Mitarbeitende in Krankenhäusern und Therapieeinrichtungen wichtige Multiplikator:innen sind.

## **Gesundheit**

### **Den Menschen im Blick**

Erderhitzung und fortschreitende Umweltzerstörung führen zu großen gesundheitlichen und psychischen Belastungen und sind für rund 13 % der jährlichen Todesfälle in Europa verantwortlich. Temperaturerhöhung, Verlust der Biodiversität und die Landnahme der Menschen steigern auch das Risiko weiterer Pandemien. Klimaschutz ist aktive Gesundheitspolitik. Sie besteht aus Vorsorgemaßnahmen und aus einer besseren Versorgung der Folgeschäden. Berlin bekommt von uns ein umfassendes Hitzewarnsystem, welches die Menschen der Stadt rechtzeitig und ortsgenau über drohende Gefahren informiert. Qualität von Luft und Wasser werden ständig überwacht. Beratungsstellen für ökologische Trauer und Klimaangst und ausreichende Versorgungsangebote für den erhöhten Bedarf an psychosozialer Unterstützung von Betroffenen werden wir einrichten. Wir kümmern uns um Menschen in existenziellen Belastungssituationen, die durch die

Klimakrise, Hitzewellen oder Pandemien verursacht wurden. Wir machen diese Probleme öffentlich und lösen sie gemeinsam.

### **Ein klimagerechtes Gesundheitssystem**

Die Pandemie hat gezeigt, dass wir ein anderes Gesundheits- und Pflegesystem brauchen: Privatisierte Strukturen sind ineffizient. Profitorientierung führt zu Chaos. Gestärkt werden müssen stattdessen die Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten: Kürzere Dienstzeiten, mehr Urlaub, sichere Anstellung und eine deutlich höhere Bezahlung durch flächendeckende Tarifverträge wollen wir zum Standard machen. Medikamente und Impfstoffe müssen zum globalen Gemeingut werden, da sich global verbreitete Krankheiten nur global besiegen lassen. Wir setzen uns dafür ein, dass Medikamente und Impfstoffe nicht mehr patentiert werden können, ihre Herstellung stattdessen frei und öffentlich dokumentiert wird. Was von der Öffentlichkeit bezahlt wird, muss auch allen gehören.

Auch hier müssen konsequent Emissionen verringert werden. Das gilt für die Energieversorgung aller Gebäude, die Mobilität des Gesundheitssektors sowie für die Herstellung von Medikamenten. Krankenhäuser wollen wir energetisch autonom machen. Krankenwagen elektrisch antreiben. Der Ausbau virtueller Sprechstunden und Meetings wird vorangebracht. Menschen mit Behinderung werden aktiv unterstützt statt zusätzlich behindert durch bürokratische Abwehr und Verzögerung. Ihnen werden Hilfsmittel und Fahrmöglichkeiten kostenlos und unbegrenzt angeboten.

### **Mentale Gesundheit und Aktivität**

Stresssituationen und Notlagen wie die COVID19-Pandemie haben gezeigt, wie wichtig ein allgemeines Bewusstsein für die Stärkung der Gesundheit ist. Spiel, Sport und Bewegung, eine ausgeglichene Psyche und stabile Sozialkontakte in Familie und Nachbarschaft müssen zu jeder Zeit möglich sein. Ebenso sollte jede:r Berliner:in stets die Möglichkeit haben, sich zu gesundheitlichen Zwecken in die Natur zu begeben. Hierbei werden die zahlreichen neuen Grünflächen helfen.

Zudem gilt es, das Thema Drogenmissbrauch zu enttabuisieren und neu aufzurollen. Aufklärung und Prävention sollen massiv ausgebaut werden, wobei endlich auch die Gefahr von Alkohol Teil der gesellschaftlichen Debatte wird. Es ist Zeit für die Entkriminalisierung von Cannabis. Die fruchtlose Debatte um dieses Thema dauert schon viel zu lang – Lösungen liegen auf dem Tisch. Wir setzen sie um, gemeinsam mit Mediziner:innen, Verwaltung und Polizei. Zusätzlich werden wir Projekte nach dem Safer-Use-Prinzip in

Berlin deutlich stärken und unterstützen. Der Verkauf von regional hergestellten Produkten in geeigneten Stellen wird ermöglicht.

### **Therapiefreiheit leben**

Seit über 40 Jahren beschränkt das Transsexuellengesetz die Grundrechte für über drei Millionen Menschen in unserem Land und pathologisiert sie. Wir treten für eine Neufassung des Gesetzes ein, die für alle hier lebenden Trans-, Inter- und Nonbinären Menschen eine freie Namens- und Therapiewahl vorsieht.

### **Auf Notfälle vorbereitet sein**

COVID19 hat uns vor Augen geführt: Unser System ist für großflächige Krisen wie Pandemien nicht gewappnet. Kompetenzchaos, Uralttechnik und Führungsversagen haben zahlreiche Menschenleben gekostet. Viele weitere haben gesundheitliche und psychische Schäden davongetragen. Das Vertrauen in staatliche Strukturen hat gelitten.

Beim Klima fokussieren wir uns darauf, Katastrophen zu vermeiden. Deshalb hören wir auf die Wissenschaft und halten als Land unser gerechtes CO<sub>2</sub>-Budget ein. Gleichzeitig müssen wir uns auf Notfälle vorbereiten. Die Menschen in Berlin haben ein Recht darauf, dass ihre Stadt sie schützt. Hierfür braucht Berlin einen modernen Katastrophenschutz auf wissenschaftlicher und ethischer Basis. Dazu gehören Schutzräume gegen Hitze, digitale und analoge Gefahrenwarnung, Wasser- und Nahrungsvorräte für den Ernstfall sowie klare Notfall- und Stufenpläne für Pandemien. Wichtig ist auch die Hilfe zur Selbsthilfe in einer starken, solidarischen Gemeinschaft. Regelmäßige Erste-Hilfe-Kurse für alle Menschen sollten eine Selbstverständlichkeit sein.

## Berlin radikal neu

### **Aufbruch für das Klima! Jetzt!**

Gutes Klima gedeiht in einer starken Gemeinschaft, in der alle Menschen ihren Platz finden. Aus diesem Grund denken wir Klima, Gesellschaft und Wirtschaft zusammen. Unser Menschenbild ist positiv. Die notwendige radikale Veränderung gelingt, wenn wir zusammen mit dir an einem Strang ziehen. Jede:r wie sie:er kann. Alle zusammen. Mehr Mut. Mehr Tat. Mehr Klima. Mehr Berlin!

### **Ein Donut für Berlin**

Hand aufs Herz: Reichtum und Luxus auf Kosten anderer war Berliner:innen schon immer suspekt! In unserer Stadt gilt: Nicht Geld, sondern Menschen stehen im Mittelpunkt. Und zwar mit umfassender sozialer Absicherung und mit Respekt für die Grenzen unseres Ökosystems. Die Donut-Ökonomie denkt lokale und globale Wirtschaft mit sozialer Verantwortung zusammen und schafft eine Balance, die den Druck der permanenten Leistungsgesellschaft aus dem System nimmt, die Stadt für alle lebenswert macht und es auch nachfolgenden Generationen ermöglicht, sich hier wohlfühlen.

Auf den Donut-Erfahrungen von Amsterdam und in enger Partnerschaft mit weiteren Donut-Pionieren machen wir Berlin zur Musterstadt der Transformation. Wir errichten ein "Donut Action Lab", gestaltet von den Berliner:innen selbst. Sie bestimmen in partizipativem Verfahren die Rahmenbedingungen ihrer Wirtschaft. Ausgehend von den Ergebnissen werden Gesetzgebung und Förderpolitik neu ausgerichtet. Alle bestehenden und geplanten öffentlichen Investitions- und Förderprogramme müssen auf den Prüfstand. Was nicht dem Ziel der Klimagerechtigkeit dient, wird ausgemistet. Berlin hat das Zeug zum internationalen Vorbild. Dafür holen wir unsere Wirtschaft als Motor der sozialen und ökologischen Erneuerung mit ins Boot. Klima- und sozialgerechter Stadtumbau heißt: mehr sinnvolle Arbeit, mehr Wertschätzung für „systemrelevante“ Berufe und ein kritischer Umgang mit Bullshit-Jobs, zerstörerischen Subventionen und unbegrenztem Wachstums-Irrsinn.

Die Stadt strotzt vor Aktiven, Engagierten und Entrepreneur:innen mit zukunftsweisenden, nachhaltigen Ideen. Wir nehmen sie ernst. Wir machen sie stark. Wir fördern Unternehmen mit Gemeinwohlorientierung, die nicht auf der Ausbeutung von Mensch und Natur beruhen. Dazu gehören Genossenschaften, Commons und weitere Arten von solidarischem und nicht oder nicht in erster Linie profitorientiertem Wirtschaften. Wir wirken darauf hin, dass für alle

diese Wirtschaftsformen ein stabiler Rechtsrahmen existiert. Verlustfreie Stoffströme der Kreislaufwirtschaft werden zum Standard.

### **Berlin macht's selbst**

Dem zerstörerischen Zyklus von Konsum und Wegwerfen setzen wir einen Riegel vor. In jeden Kiez bringen wir ein vom Land finanziertes Reparatur- und Tausch-Café. Hier erhalten Berliner:innen kostenlos Hilfe beim Reparieren von Gegenständen und finden Werkstätten zum Selbermachen. Diese "Maker Spaces" funktionieren als Gemeingut der Kieze. Hier darf gemeinsam getauscht, gebastelt, wiederhergestellt und gelernt werden. Weiterer Vorteil: Diese Orte werden auch zu Kiezdepots, wo Anwohnende ihre Pakete abholen und abgeben können.

### **Haushalten statt endlos wachsen**

Schluss mit der Wachstumsspirale und raus aus dem Hamsterrad. Vollbeschäftigung in klassischer Erwerbsarbeit im Rahmen einer endlos wachsenden Leistungsgesellschaft ist ökologisch nicht vertretbar und schadet dem Wohlbefinden des Menschen. Wir treiben mobiles Arbeiten voran, reduzieren dadurch unnötige Fahrten und Stress. So kann geschätzt die Hälfte der Büroflächen in Berlin abgebaut und umgewidmet werden: für Wohnen, für Gemeinschaft. Wir drängen im Bund auf eine Abschaffung der Pendlerpauschale. Berufe mit hohen Mobilitätsanforderungen (z. B. mobile Pflege, Handwerk) sollen frühzeitig in neue Mobilitätspläne eingebunden werden. Wir fördern systematisch sinnstiftende Beschäftigung mit Mehrwert für Mensch und Klima (Sinnarbeit) und regionale Wirtschaftsstrukturen. Wir schaffen Anreize für lebenslanges Lernen und unterstützen neue Tätigkeiten, Berufsfelder und Fachkräfte, die für die klimagerechte Transformation unabdingbar sind.

### **Einkommen? Auskommen!**

Berliner:innen verdienen deutlich weniger als der Bundesdurchschnitt. Frauen verdienen dabei durchschnittlich noch einmal 20 Prozent weniger. Gerechte Bezahlung und gleicher Lohn für gleiche Arbeit werden seit Jahren von Bundes- und Landespolitik verhindert. Wir ändern das! Wir machen Berlin zu einem Vorbild der Lohngerechtigkeit. Wir finden effektive Maßnahmen gegen Tariffucht durch Subunternehmen, Kettenverträge, Leiharbeit, Zeitverträge und weitere Trickseriei. Wir machen uns unmittelbar auf den Weg, alternative Einkommensformen (z. B. Varianten bedingungsloser Grundeinkommen) zu erforschen und

direkt auszuprobieren. Bis zur flächendeckenden Einführung möchten wir für konsequente Tarifbindung sorgen und den Mindestlohn anheben. Wir setzen uns mit Überzeugung ein für die 4-Tage-Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich. Denn mehr Freizeit bedeutet Entschleunigung, Stärkung der eigenen Gesundheit und mehr Zeit für Familie und Freund:innen.

Recht auf Wohnen konsequent anwenden, Obdachlosigkeit beenden  
Ein Leben ohne Existenzangst und Not bildet die Voraussetzung einer starken Gemeinschaft. Unser bisheriges Sozialsystem muss daher umfassend reformiert werden. Es muss integrativ und solidarisch gedacht werden, über alle Schichten hinweg. Das Empowerment bislang marginalisierter Gruppen steht im Mittelpunkt. Obdachlose, Sozialhilfeempfänger:innen, Minijobber:innen, Studierende, Rentner:innen – hinter diesen Kategorien verstecken sich individuelle Geschichten und Schicksale, Menschen, die ernst genommen werden wollen. Wir wollen sie zur vollen Teilhabe an der Gesellschaft ermächtigen. Durch eine materielle Grundsicherung, die Geld, Lebensmittel und Wohnung umfasst.

Das in der Berliner Landesverfassung verankerte Recht auf Wohnung muss gesetzlich konkretisiert und angewandt werden – Mieten müssen für alle bezahlbar sein, in allen Bezirken! Leerstand muss juristisch aktiv begegnet werden und die Bezirke müssen offensiv Gebrauch vom Gesetz zur Zweckentfremdung von Wohnraum machen.

### **Kein Mensch ist illegal**

Asyl- und Schutzsuchende und alle anderen Migrant:innen sind willkommen. Wir sehen Migration als einen normalen Aspekt menschlichen Verhaltens und streben eine Normalisierung von Migration und den dazugehörigen Prozessen an. Dazu gehört auch, die nötige physische und mentale Infrastruktur zu schaffen, um das Zusammenleben der Menschen, die hier ankommen, und derer, die hier schon wohnen, zu verbessern. Wir erkennen die Privilegien der weißen Mehrheitsgesellschaft an und übernehmen Verantwortung gegenüber den von neo:kolonial ausgebeuteten Menschen und Ländern, insbesondere in Anbetracht der ungerechten Verteilung der katastrophalen Klimafolgen. Bleiberecht für alle, denn kein Mensch ist illegal.

## **CO2-Steuer und faire Kompensation**

Die Folgen der Klimaerhitzung treffen die Menschen des globalen Südens und zukünftige Generationen am härtesten. Und das, obwohl beide Gruppen nicht zu den Hauptverursacher:innen gehören. Es ist daher ein Gebot der Gerechtigkeit, wenn die Verantwortlichen auch Verantwortung übernehmen und die Kosten der Klimakrise selber tragen. Wir setzen uns für eine CO2-Steuer ein, die den tatsächlichen Umweltkosten Rechnung trägt. Laut Umweltbundesamt sind das derzeit 195€/Tonne CO<sub>2</sub>. Die dadurch entstehenden Einnahmen sollen zu gleichen Teilen in den klimapositiven Umbau der Stadt sowie in ein Pro-Kopf-Klimageld fließen, das an die Bürger:innen zurückgezahlt wird. Auf diese Weise schaffen wir einen sozialen Ausgleich und einen Anreiz zu umweltgerechtem Handeln. Wer mehr verbraucht, zahlt mehr – wer das Klima schont, wird entlastet.

## **Taxing bads not goods**

Um den Übergang zu einer klimagerechten Wirtschaft zu beschleunigen, muss unser Steuersystem fit fürs 21. Jahrhundert gemacht werden. Nach dem Grundsatz „taxing bads not goods“ setzen wir uns auf Bundesebene für eine radikale Steuerreform ein, die sich am Wohle der Allgemeinheit orientiert. Klimaschädliche Produktion und Konsum werden demnach stärker besteuert, während klimagerechte Produktion und Konsum wenig bis nicht bepreist wird.

## **Wachstum darf kein Staatsziel sein**

Unser auf Wachstum gebautes Wirtschaftssystem ist Mitschuld an der zunehmenden Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Es kann daher kein Teil unserer staatspolitischen Zielsetzung sein. Wir forcieren die Streichung des Wachstumsparadigmas aus allen rechtlich bindenden Verträgen und Gesetzen. Stattdessen werden wir den Schutz und die gerechte Nutzung unserer Lebensgrundlagen als oberstes Staatsziel in die Berliner Verfassung aufnehmen und die Landesgesetze entsprechend anpassen.

## **Nicht am Klima sparen**

Der klimagerechte Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft lässt sich nur mit beispiellosen Investitionen in die Zukunft bewerkstelligen. Er muss mit allen Mitteln vorangetrieben werden. Mit Geld ist der Schutz unserer Lebensgrundlagen nicht aufzuwiegen. Er wird umso teurer, je länger wir warten. Und die ökologischen Folgekosten dürfen nicht zukünftigen

Generationen aufgebürdet werden. Deshalb fordern wir die Streichung der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse zum Zwecke des sozial gerechten Klimaschutzes.

### **Kein Platz für Klimazerstörung**

In der Welt von morgen haben klima- und umweltschädliche Infrastrukturen keinen Platz mehr. Alles, was wir heute bauen, wird noch Jahrzehnte Bestand haben. Doch die Zukunft beginnt jetzt. Deshalb kämpfen wir für einen bundesweiten sofortigen Bau- und Planungsstopp fossiler und klimafeindlicher Infrastruktur, wie Autobahnen, Flughäfen, Kohle- und Gaskraftwerke, fossilen Industrieanlagen oder Konsumtempel-Malls. All das ist nicht mit Klimagerechtigkeit vereinbar.

### **Zu guter Letzt: Wir bleiben aktivistisch!**

Die Erfahrung hat gezeigt: Unsere Politik ist nur so gut wie die Zivilgesellschaft, die sie antreibt. Wir sind Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung. Wir verstehen uns als Sprachrohr für jede Initiative, jeden Verein und jedes Bündnis, das sich für Klimagerechtigkeit, für die Verkehrs- und Energiewende und für ein friedliches, soziales und lebenswertes Berlin einsetzt. Lasst uns miteinander ins Gespräch kommen.

Lasst uns eine starke Gemeinschaft für Klima und Bürger:innenbeteiligung bilden. Lasst uns radikale Menschlichkeit in die Berliner Parlamente bringen und den gesellschaftlichen Wandel in Gesetze gießen. Und lasst uns aktiv bleiben und auch auf der Straße weiter für den klimapositiven Umbau unserer Stadt kämpfen. Schließ dich der Bewegung an! Berlin braucht dich!